

(Präsident Ulrich Schmidt)

(A) Wir kommen nun zu **Nummer 6**:

Stellenpläne

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Herrn Abgeordneten Stahl für die CDU-Fraktion das Wort.

Helmut Stahl (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In der Haushaltsdebatte ist, was natürlich ist, viel über Zahlen gesprochen worden. Natürlich ist auch die Seriosität von Zahlen angezweifelt worden. Sie, Herr Minister Steinbrück, sind bei Ihren Einlassungen weitgehend nach der Devise verfahren, nach der bekanntlich Churchill zu verfahren pflegte: Traue keiner Zahl, die du nicht selbst gefälscht hast.

Zum Thema "Stellenpläne" beschränke ich mich auf zwei Zahlenreihen und ein Instrument der Personalwirtschaft.

(Glocke)

(B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Meine Damen und Herren - Herr Stahl, Entschuldigung -, darf ich Sie bitten, Ihre Gespräche draußen zu führen und dem Kollegen Stahl zuzuhören! Danke schön.

Helmut Stahl (CDU): Zahlenreihe Nummer 1, eine Zahlenreihe, die stimmen muss; denn sie stammt, Herr Minister, aus Ihrem Ministerium. Sie ist der Finanzplanung Drucksache 13/401 entnommen. Das ist eine Tabelle, die eine Übersicht über die Personalausgabenquoten von Bund und Ländern gibt. Es ist die Seite A 118. Die Personalausgabenquote gibt bekanntlich den Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in Prozent wieder. Dies ist ein anerkannter Indikator für die Handlungsfähigkeit der Landespolitik.

Sie haben ja Recht, Herr Minister, wenn Sie davon sprechen, dass Sie zur Wiedergewinnung dieser Handlungsfähigkeit in den Personalausgaben ein erhebliches Einsparpotenzial erblicken.

(Peter Budschun [SPD]: Das ist die normative Kraft des Faktischen!)

Was sagt die Tabelle - Basisjahr 1981, Endjahr 2000 - auf Seite A 118? Die Tabelle sagt, dass alle alten Bundesländer bis auf zwei ihre Personalausgabenquoten zum Teil deutlich haben senken können. Das heißt, diese Länder sind insgesamt handlungsfähiger geworden.

Nur zwei Länder haben das nicht geschafft. Das erste Land ist Niedersachsen. Die Personalausgabenquote zeigt einen moderaten Zuwachs um 0,1 % auf 41,7 %. Das Land NRW hat demgegenüber eine Steigerung von 3 % zu verzeichnen, also einen Anstieg auf 41,1 %. Das sind, in Zahlen ausgedrückt, pro Jahr etwa 3 Milliarden DM Handlungsmasse, die unser Land hätte, um beispielsweise den Justizvollzug besser geregelt zu bekommen.

(Sybille Haußmann [GRÜNE]: Das sind doch auch Personalausgaben!)

Verständlich ist deshalb auch, Herr Minister, dass Sie in sehr martialischer Sprache davon sprechen, dass es jetzt zu blutigen Einsparmaßnahmen kommen müsse. Wer dann erwartet, dass das vollzogen werde und tatsächlich etwas geschehe, der wird leider Gottes getäuscht.

Da ist wiederum ein Blick in die Finanzplanung - auch Ihre Zahlen - von hohem Aussagewert. Denn dort ist auf Seite 3 nochmals eine Zahlenreihe ausgewiesen, die dokumentiert, dass die Personalausgabenquote des Landes nicht etwa sinkt, sondern dass sie im Jahr 2004 um 0,6 % oberhalb dessen liegt, was wir in diesem Jahr schon an viel zu hohem Niveau erreicht haben. Das heißt, in all dem, was Sie sagen, liegt nicht mehr und nicht weniger als ein gewaltiger Anspruch, dass der Berg kreiße und nicht mal eine Maus gebär. Das alles läuft nach dem Motto: Es muss viel geschehen, nur passieren darf nichts.

Mein Eindruck ist, es ist auch gar nicht gewollt. Nach einer Fülle von willkürlichen Organisationsuntersuchungen in den Ministerien wird nun der Zauberstab Personalagentur bemüht - Personalagentur als Instrument der Verbindlichkeit zur Umsetzung von Kolleginnen und Kollegen in den Verwaltungen von einer Stelle auf die andere, um Personalabbau effektiv zu machen.

Bei näherem Hinsehen zeigt sich dann, dass wohl auch das offenkundig gar nicht tatsächlich angestrebt wird. Ein Blick in das Gesetz erleichtert bekanntlich die Rechtsfindung. § 8 Abs. 3 des

(C)

(D)

(Helmut Stahl [CDU])

- (A) Haushaltsgesetzentwurfes zählt 15 Ausnahmetatbestände auf, die von der Einbeziehung in die Arbeit der Personalagentur ausgenommen sein sollen. Die Schlussfolgerung daraus kann doch nur sein: Jede Stelle, die da nicht drin ist, kann tatsächlich eingespart werden.

Wenn Sie vor diesem Hintergrund Jürgen Rüttgers kritisieren, sich selbst aber Seriosität zuschreiben, machen Sie damit, wie ich finde, einen großen Fehler, schlicht den, dass Sie das Einzige, was tatsächlich wirkt, als Instrument aus der Hand geben und damit Ihre Handlungsfähigkeit weiter verringern. Was Sie und die Landesregierung insgesamt bisher tatsächlich nicht vermocht, nicht tatsächlich angepackt haben, ist eine solide Aufgabenkritik. Denn nur diese solide Aufgabenkritik würde dafür sorgen, dass die Arbeiter, Angestellten und Beamten des Landes nicht vor jeder neuen Einsparrunde zittern müssen.

Auch aus diesem Grunde werden wir Ihren Vorschlägen, was die Stellenpläne angeht, nicht folgen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Kollege Stahl. - Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Walsken das Wort.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stahl, Sie machen das sehr charmant, und dann ist es auch vom Klima her immer schwierig, da draufzuhauen. Aber wenn Sie hier anmahnen, dass wir nicht ausreichend und nicht schnell genug Personal abbauen, die Instrumente, die wir dafür vorsehen, nicht kräftig, nicht scharf genug und die Vorschläge, die wir dazu machen, nicht seriös genug sind, nehme ich noch einmal die Anlage 24 und schaue in Ihren Vorschlag, wie Sie denn Stellenausweitungen im Lehrerbereich

(Minister Peer Steinbrück: Und in anderen Bereichen!)

entsprechend seriös gegenfinanzieren wollen. Dann schaue ich mir die Seriosität einmal ganz genau an. In Ihrem Antrag decken Sie - ich zitiere aus Ihrem Antrag - diese zusätzlichen Neueinstellungen mit einer linear angesetzten 1,5%igen Per-

- sonaleinsparmaßnahme in vielen anderen Bereichen der Landesverwaltung. (C)

Ich gehe jetzt gar nicht auf die Bereiche ein und will auch gar nicht sagen, welche Maßnahmen den Kolleginnen und Kollegen in den jeweiligen Landesbereichen bevorstehen würden. Aber Sie wissen ganz genau - jetzt frage ich Sie, was ist denn ernst gemeint? -, dass Sie diese Einsparpotenziale nicht in diesem Haushaltsjahr, geschweige denn im nächsten oder übernächsten werden erbringen können.

Deshalb frage ich Sie - vielleicht diskutieren wir das einmal im Ausschuss -: Wollen Sie mittlerweile Personal sofort betriebsbedingt kündigen, oder sind die Einsparvorschläge auch nicht seriös? Ich frage mich, was die Kritik in Ihrer Darstellung gerade zum Personalstellenhaushalt soll. An der Stelle ist auch das nicht seriös, denn Sie können es zurzeit nicht gegenfinanzieren, es sei denn, die CDU-Fraktion ist mittlerweile der Meinung - die F.D.P. hat es im Ausschuss schon gesagt -, dass wir wirklich betriebsbedingt Personal entlassen müssen. Aber dann stehen Sie auch dazu.

(Zuruf von der CDU: kw-Stellen)

- kw-Stellen, lieber Kollege, bedeuten: Sie können die Leute nicht hinauswerfen. Das heißt, Sie werden die Einsparung im Haushalt definitiv nicht realisieren. Das ist das Thema. Dann wird die Einsparung in 2001 auch nicht zur Verfügung stehen. Insofern ist es manchmal ganz gut, selber zu schauen, wie die Seriosität und der Aussagewert solcher Deckungsvorschläge aussehen und was wirklich dahintersteckt.

Meine Damen und Herren, es ist unstrittig, dass 41 % Personalausgaben ein großer Block sind. Ich weise allerdings noch einmal darauf hin, dass wir insbesondere vor dem Hintergrund steigender Versorgungsausgaben zusätzliche Belastungen in diesem Haushalt sehen müssen. Wir werden rund 130.000 Versorgungsempfänger haben und müssen dafür rund 6,7 Milliarden DM aufbringen. Ich denke, dass dies den Landeshaushalt auch in diesem Jahr und in den Folgejahren belasten wird.

Mit diesem Haushalt wird die Zahl der Personalstellen dennoch um 3.635 zurückgeführt auf rund 340.000. Das ist eine Einsparung von 1,1 %. Vor diesem Hintergrund ist es uns wichtig, klarzumachen, dass das eine dauerhafte Entlastung in jedem Jahr um 360 Millionen DM ausmacht. Das

(D)

(Gisela Walsken [SPD])

- (A) ist eine echte Einsparung im Haushalt, weil diese kw-Stellen realisiert sind. Das schafft Spielraum - der Finanzminister hat es dargelegt - für mögliche Tarif- und Besoldungsanpassungen, die wir damit zu einem Teil werden decken können.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang würde ich gerne noch ein Wort auf das Stellendeckungsprinzip verwenden - das uns als Prinzip wichtig ist -, das die Koalitionsfraktionen in ihrem Vertrag festgelegt haben und das in Zukunft die Landesregierung verstärkt vorsieht. Wenn auch eine Verbindung zwischen Stellenstreichungen auf Vorschlag der Landesregierung und den Ausweitungen auf Vorschlag unserer Koalitionsfraktionen insbesondere beim Thema Lehrer - wir haben es gestern debattiert - eigentlich nicht besteht, möchte ich trotzdem darauf hinweisen, dass wir zu einem positiven Saldo kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden rund 800 Lehrer neu einstellen. Wir werden einen Teil davon, nämlich etwa 500, über das Zeitbudget realisieren, d. h., wir werden zusätzlich 300 Stellen schaffen bei einem Einsparsaldo von 3.335 Stellen. Ich denke, das macht deutlich, wie man personalwirtschaftlich seriös im Haushalt auch Spielräume, Herr Kollege Stahl, schaffen kann.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass die Realisierung von kw-Vermerken ein zentrales Thema bleibt, ist überhaupt keine Frage und, wie ich denke, unstrittig unter uns.

Wir haben über die Organisationsuntersuchungen des Arbeitsstabes Aufgabenkritik seit 1989 - das zur Erinnerung - noch rund 21.400 kw-Vermerke, und wir werden in dieser Legislaturperiode sicher weitere 9.000 Stellen abbauen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Wir unterstützen dieses Ziel nachhaltig und sind deshalb im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Stahl, ganz anderer Meinung, was das neue Instrumentarium Personalagentur betrifft.

Das gibt es jetzt seit gut einem Jahr. Wir werden sehen, wie das Instrument wirkt. Es ist ein Instrument, das die verwaltungsinterne Personalbedarfsdeckung ein Stück steuern soll. Es soll Personal aus Bereichen, in denen ein Stellenabbau notwendig ist - Bereiche mit kw-Vermerken - in Bereiche mit Stellenbedarf vermitteln. Damit ist

aus unserer Sicht innerhalb der Landesverwaltung ein ressortübergreifender Arbeitsmarkt geschaffen worden. Wir bewerten das positiv und sind zuversichtlich, was die Arbeit dieser Agentur betrifft.

(C)

Aber es ist nicht nur diese Aufgabe, die die Agentur hat, sondern es gibt eine zweite - wenn ich mich richtig erinnere, war das auch der CDU-Fraktion immer wichtig -, nämlich die Aufgabe von Qualifizierung, weil es häufig so ist, dass Stellen nicht passgenau von der Position im abgebenden auf die Position im aufnehmenden Ressort übertragen werden können und oft Qualifikationsmaßnahmen nötig sind.

Die ersten Erfahrungen zeigen, dass es noch eine große Zurückhaltung sowohl der aufnehmenden als auch der abgebenden Ressorts gibt. Das ist uns auch bekannt. Die Ressorts mit dem kw-Überhang waren nicht unbedingt daran interessiert, diese - ich nenne sie einmal so - zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verlieren, und die Mitarbeiter selbst wollten sich auch nicht ohne Not auf neue Arbeitssituationen einlassen. Die aufnehmenden Ressorts mochten auf der anderen Seite bei der Einstellung neuer Mitarbeiter nicht so gern auf das Instrumentarium der externen Angebote auf dem freien Arbeitsmarkt verzichten, sodass es sicherlich an dieser Stelle Handlungsbedarf gibt.

(D)

(Beifall der Edith Müller [GRÜNE])

Ich bin mir sehr wohl bewusst - ich weiß, dass wir mittlerweile einen umfangreichen Aufgabenkatalog haben, der Ausnahmetatbestände möglich macht -, dass wir 60 % des gesamten Landespersonals zurzeit über Ausnahmen von der Agentur und vom Agenturverfahren rekrutieren. Ich mache auch keinen Hehl daraus, dass ich der Auffassung bin, dass es zu Umständen gekommen ist, von denen wir der Meinung sind, dass sie die zusätzliche Beschleunigung der Realisierung der kw-Vermerke nicht gerade nach vorne bringen werden.

(Beifall der Edith Müller [GRÜNE])

Deshalb - es gibt einen neuen Vermerk im Haushaltsgesetz, nämlich Nr. 15 - glauben wir noch einmal an die Kraft der Selbstbindung der Ressorts und hoffen, dass es zwischen den Ressorts viele Vereinbarungen zum Stellenabbau, aber auch zu der Frage gibt, wie viel Personal man aus

(Gisela Walsken [SPD])

- (A) diesen kw-behafteten Bereichen aufzunehmen bereit ist.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass es Signale aus den Häusern geben wird. Ich weiß, dass es schon ein positives Signal aus dem Justizministerium gibt. Die haben bereits abgeschlossen. Das Finanzministerium ist auch so weit. Andere Häuser verhandeln noch. Von daher bin ich auch an der Stelle positiv gestimmt.

Noch ganz kurz zwei Punkte aus den Beratungen der Fraktionen. Zunächst zum Stichwort "Arbeitsschutzverwaltung". Ich finde es sehr schön, dass alle Fraktionen im Ausschuss es gemeinsam geschafft haben, auf unsere Anregung hin dafür zu sorgen, dass wir Beamte aus dem mittleren technischen Dienst jetzt in den gehobenen technischen Dienst überleiten. Im letzten Jahr haben wir das schon bei der Umweltverwaltung und der Steuerverwaltung so gehandhabt. Das ist ein positives Signal. Ich habe mich gefreut, dass das einvernehmlich gelaufen ist.

- (B) Wir haben viele Gespräche mit Vertretern aus dem Justizbereich geführt. Im Justizministerium ist schon ein großer Teil kw-Stellen erwirtschaftet worden. Das ist positiv zu bewerten. Allerdings haben wir auch Anregungen aus dem Justizvollzugsdienst aufgenommen, und zwar schon mit Blick auf die kommenden Haushaltsberatungen und die Stellenhebungen der ständigen Vertreter in den Justizvollzugsanstalten. Diese Maßnahme werden wir umsetzen. Ich verstehe das heute als Signal in diese Richtung.

Als Allerletztes noch ein paar Worte zu den Leistungsprämien. Wir freuen uns darüber, dass die Landesregierung in ihrer Zweiten Ergänzung das Modell meiner Fraktion übernommen hat, im vorhandenen Personalverstärkungstitel im Einzelplan 20 einen neuen Haushaltsvermerk auszubringen, demzufolge nach Abschluss der Tarifverhandlungen geprüft werden kann, ob wir noch ausreichend veranschlagte Mittel haben, um die Leistungsprämien auszahlen zu können. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass der Finanzminister gut kalkuliert hat und wir insofern Spielräume haben werden.

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht ist der Personalhaushalt 2001 ein stimmiges personalwirtschaftliches Konzept, personalpolitisch ausgewogen. Die Koalitionsfraktionen haben die entscheidenden Signale gesetzt. Von daher soll-

- ten wir diesen Haushalt gemeinsam verabschieden. - Schönen Dank. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Walsken. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Freimuth für die F.D.P.

Angela Freimuth (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Einbringung des Landeshaushalts 2001 hat Minister Steinbrück das Ziel vorgegeben, die Personalquote auf unter 40 % des Haushaltsvolumens sowie auf unter 50 % der Steuereinnahmen zu senken. Ein lobenswertes Ziel!

Bekanntlich kann man dieses Ziel auf drei Wegen erreichen: Man hebt - erstens - das Haushaltsvolumen, man sorgt - zweitens - für höhere Steuereinnahmen, oder wir bauen - drittens - tatsächlich Aufgaben und damit Personal in der Landesverwaltung ab.

- Weg 1 ist unseriös, Weg 2 auf Fahrspur 1 durch Steuererhöhung genau das, was wir nicht wollen - die Bürgerinnen und Bürger zahlen schon zu viel Steuern -, während die andere Fahrspur - konjunktureller Aufschwung - in den nächsten Jahren unrealistisch ist. Es bleibt damit aus Sicht der F.D.P. einzig und allein Weg 3. Ich wünsche mir in diesem Zusammenhang, dass sich nicht nur beim Finanzminister dieses Landes die Einsicht durchsetzt, dass sich der Staat allgemein und das Land Nordrhein-Westfalen speziell nicht mehr in allen Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens betätigen können und dürfen. (D)

(Beifall bei der F.D.P. - Dr. Ingo Wolf [F.D.P.]: Das war der Teil "Lob"!)

- Es wäre noch besser, wenn sich diese Einsicht in konkretem Handeln niederschlagen würde.

Wir Liberalen wollen möglichst viel in die Eigenverantwortung des Einzelnen geben. Hoheitliches Handeln hat sich auf Kernbereiche zu konzentrieren, damit unsere Gesellschaft wieder in die Lage versetzt wird, den Menschen zu helfen, die sich alleine nicht helfen können. Es wird in den nächsten Wochen und Monaten sicherlich ausreichend Gelegenheit geben, gemeinsam zu überlegen, welche Aufgaben die öffentliche Verwaltung

(Angela Freimuth [F.D.P.])

- (A) zwingend wahrnehmen muss und welche Aufgaben von Privaten übernommen werden können. Lassen Sie uns das Dickicht der Bürokratie und die gesetzlichen Regelungen entrümpeln, die Verwaltungsverfahren vereinfachen. Die F.D.P. hat den Entwurf eines Bürokratieabbaugesetzes eingebracht, das in dem Zusammenhang eine gute Diskussionsgrundlage sein könnte.

(Beifall bei der F.D.P.)

Neben diesem etwas perspektivischen Wunsch und einer damit einhergehenden Bitte nach Aufgabenkritik, die von uns als Parlament insgesamt wahrgenommen werden muss: Wir können nicht ständig irgendwelche Gutachter durch die Ministerien scheuchen oder erwarten, dass die Landesregierung von sich aus überlegt, an welchen Stellen sie Kompetenzen abgibt; das ist originäre Aufgabe dieses Parlaments. Wir müssen uns in der heutigen Debatte im Zusammenhang mit dem Haushalt 2001 mit einigen weiteren Punkten beschäftigen.

- (B) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mitarbeiter verdunsten nicht, auch wenn man sich das aus Gründen der Stellenarithmetik vielleicht wünschen mag. Damit verschwinden auch die Probleme der hohen Personalkosten nicht im Nebel. Im Jahre 2000 wurden 3.000 kw-Vermerke realisiert. Mit Beginn dieses Jahres bleiben noch 14.000 kw-Vermerke. So lauten jedenfalls die bekannt gegebenen Zahlen.

Ein wesentliches Instrument für die Realisierung soll in dem Zusammenhang die seit einem Jahr wirkende Personalagentur sein. So viel lässt sich jetzt schon einmal sagen: Diese Personalagentur arbeitet auf jeden Fall wesentlich erfolgreicher als die Vorgängerin Stellenbörse, die es immerhin geschafft hat, in zwei Jahren gerade einmal 44 kw-Vermerke zu erledigen. Die Personalagentur schaffte im Jahre 2000 trotz Anlaufphase bis zum 12. Dezember immerhin bereits 47 Stellen. Wer mit dieser Zahl arbeitet, sie auf die Zielvorgabe 14.000 überträgt und unterstellt, die Personalagentur würde ihre Erfolgsquote verdoppeln, kommt zu dem Ergebnis, dass wir die 14.000 kw-Vermerke ungefähr in 148 Jahren realisiert haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Alleine daran kann man schon festmachen, dass die bisherige Handhabung des Verfahrens - jetzt

möchte ich auch ein wenig auf die Verfahrensregelungen eingehen - nicht der Weisheit letzter Schluss ist und nicht wirklich zum Ziel führt. Es heißt, jedes Ressort ist dafür verantwortlich, dass die von der Landesregierung beschlossenen Einsparziele erreicht werden.

Ich finde es immer wieder toll, wenn man sich selber auf eine Linie ein schwört und sich gegenseitig verspricht, sich daran zu halten. Die Ministerinnen und die Minister - so könnte man sagen - haften als Gesamtschuldner. Frage nur: Gegenüber wem?

Gerade wurde bereits § 8 Abs. 3 angeführt. Es klingt ganz toll, dass vor externen Besetzungen grundsätzlich zunächst eine 24-monatige Sperrfrist einzuhalten ist. Zwei Sätze weiter liest man voller Freude, dass es 14 oder mittlerweile sogar 15 Punkte gibt, unter denen Ausnahmeregelungen beschrieben werden.

Neben begrüßenswerten und wichtigen Ausnahmen - z. B. für Stellen, die mit Schwerbehinderten besetzt oder die für Anwärtnerinnen, Auszubildende, Referendare, Lehrer oder Professoren vorbehalten werden, um nur einige Beispiele zu nennen - sind andere Ausnahmen wesentlich weniger nachvollziehbar, z. B. die abweichend vom Haushaltsgesetz 2000 nun auch noch ausgenommenen Stellen der Besoldungsgruppen B 1 und B 2. Die Generalklausel in den Sätzen 4 und 5, nach der die Personalagentur weitere Ausnahmen zulassen kann, eröffnet zahlreiche weitere Türen.

Zu der Personalagentur kann man im Augenblick noch nicht abschließend ein Urteil fällen. Dafür arbeitet sie nicht lange genug. Es ist aber - so denke ich - sehr sorgsam darauf zu achten, ob diese Personalagentur tatsächlich den eigenen Zielvorgaben entsprechen kann und ob sie die Unterstützung der einzelnen Kabinettsmitglieder findet.

Wir Liberalen würden uns freuen, wenn deutliche Beiträge zur Realisierung der kw-Vermerke erbracht werden könnten. Aber ich räume freimütig ein: Ich bin skeptisch. Die Kollegin Walsken hat gerade schon auf einige Punkte hingewiesen, an denen es eventuell hapern könnte.

(Beifall bei der F.D.P.)

Eine andere Verfahrensregelung im Zusammenhang mit der Personalagentur ist aus Sicht der F.D.P. ebenfalls kritisch zu begleiten, und zwar

(C)

(D)

(Angela Freimuth [F.D.P.])

- (A) dass beim Ausmaß der vorhandenen kw-Vermerke auch eine Besetzung von Bewerberinnen und Bewerbern aus dem Landesdienst in Kauf zu nehmen ist, bei denen lediglich die fachbezogenen Mindestanforderungen der Ressorts für die Stellenbesetzung erfüllt sind, und dass davon auszugehen ist, dass das vorhandene Personal für den Einsatz an anderer Stelle qualifiziert werden kann. Das Sitzen auf einem kw-Vermerk stellt damit einen qualitativen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Landesbediensteten dar. Das ist in der Tat bemerkenswert. Wir werden abwarten, welches Ergebnis die rechtliche Überprüfung bringen wird.

Ich möchte bei dieser Personalagentur, die das Problem eigentlich nur zeitlich hinausschiebt, einen anderen Gedanken in die Diskussion einbringen. Und ich denke, dass wir uns diese Freiheit im Denken nehmen müssen. Wir sollten nicht lediglich eine 24-monatige Wiederbesetzungssperre verhängen, sondern schlicht und ergreifend sagen: Die Stellen fallen weg.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich glaube, dass diese Besetzungssperre alleine nicht ausreichen wird.

- (B) Wenn wir das machen, was ich eingangs sagte, und uns tatsächlich einer Aufgabenkritik widmen und dazu kommen, dass wir immer mehr Aufgaben von der Landesverwaltung entfernen, wird es auch möglich sein, Stellen schlicht und ergreifend wegfallen zu lassen und nicht nur irgendeine 24-monatige Besetzungssperre anzuwenden.

Weil vieles schon bei den Beratungen der Einzelpläne gesagt worden ist, möchte ich nur noch einen Punkt anführen: die Personalkostenbudgetierung, die jetzt in sechs Ministerien - als Modellversuch, versteht sich - eingeführt worden ist. Das ist gut. Wir begrüßen das, insbesondere da es eine Einsparvorgabe von 1 % gibt. Wenn man sich das allerdings im Detail anguckt, steht da u. a. vermerkt, dass Stellenschlüssel und Beförderungssperren entfallen. Wenn alles optimal läuft, ist das gar nicht schlimm. Wehe dem, der Schlechtes denkt. Aber wenn man sich vor Augen führt, dass bei dem Modellversuch das Ergebnis herauskommen kann, dass er nicht so erfolgreich war, könnte man damit Fakten geschaffen haben, die sich als ziemlich problematisch erwei-

sen. Insofern finde ich das sehr mutig und gratuliere der Landesregierung auch dazu, dass sie sich hier selber zum Erfolg verurteilt hat.

Erfolg - natürlich in einem angemessenen Rahmen, den wir hier und heute nicht näher diskutieren müssen - wünschen wir als F.D.P. der Landesregierung bei der Realisierung der kw-Vermerke und bei der Absenkung der Personalquote. Wir haben gestern und heute die Einzelpläne im Einzelnen behandelt. Dabei ist sehr deutlich geworden, dass wir als F.D.P. uns deutlich andere Schwerpunkte in diesem Personalhaushalt - für Schule und Hochschulen - wünschen. In den Beratungen ist auch deutlich geworden, dass wir in den Bereichen Polizei, Justiz und Strafvollzug ebenfalls andere Akzente setzen wollen.

Die Leistungsprämien will ich noch erwähnen, weil auch die Kollegin Walsken das Thema aufgegriffen hat. Wir wollten sie wieder in dem ursprünglichen Umfang einstellen und fanden es schon ungeheuerlich, dass man sie zunächst ganz strich, um sie dann gnädig zur Hälfte wieder einzustellen. Man darf nie vergessen, dass das Geld ist, das den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schlicht und ergreifend an anderer Stelle gestrichen worden ist. Ich finde es bedauerlich, dass Sie diese wirklich kleine und symbolhafte Geste der Motivationsförderung für die Beamtinnen und Beamten, für die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst, in der Landesverwaltung verringert haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Weil es wirklich schon spät ist, will ich zum Schluss kommen. Ich sehe auch gerade, dass meine Redezeit zu Ende ist.

Wir als F.D.P. wollen die Personalkosten senken. Es geht nicht nur darum, Probleme in diesem Land zu lösen, sondern auch darum, wieder Gestaltungsspielräume zu eröffnen. Daran werden wir Liberalen konstruktiv mitarbeiten. Wir würden uns freuen, wenn in Zukunft nicht mehr alle Vorschläge in den Beratungen pauschal abgelehnt würden. Vielleicht ergibt sich die Gelegenheit, dass auch wir wieder einem zukünftigen Haushalt zustimmen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

(C)

(D)

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Haußmann das Wort.

Sybille Haußmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie auch mir zunächst ein paar generelle Anmerkungen zu den Personalausgaben des Landes.

Im Haushaltsplan sind 38,5 Milliarden DM für Personalausgaben vorgesehen, d. h., 41,3 % des Gesamthaushalts sind durch Personalausgaben gebunden. Wir liegen damit hinter Bayern und Niedersachsen an dritter Stelle im Ländervergleich. Die Ministerien haben nun die Aufgabe, mehr oder weniger kw-Vermerke zu realisieren, um zur Senkung der Personalausgabenquote beizutragen.

Gleichzeitig haben wir in der Expertenanhörung im Unterausschuss Personal eindrücklich präsentiert bekommen, dass das Land an vielen Stellen nicht weniger, sondern mehr Personal benötigt. Wir erfüllen als Land wesentliche Teile gesamtgesellschaftlicher Aufgaben, die nun einmal Mann und Womanpower benötigen, und zwar in der Polizei, in der Justiz, in den Schulen und an den Universitäten, um nur einige Beispiele zu nennen. Die eigentliche Verwaltung innerhalb der Ministerien und Mittelbehörden, der so genannte Wasserkopf, macht den geringeren Teil der Personalkosten aus.

(B)

In diesem Haushalt spiegelt sich - wie auch in den vergangenen Jahren - die Notwendigkeit wider, die Personalausgaben zu konsolidieren und gleichzeitig die wichtigen Aufgaben des Landes nicht zu vernachlässigen.

Wir haben in diesem Prozess noch ein kleines Highlight erfahren, indem wir es geschafft haben, noch 18 Umweltinspektorinnen und Umweltinspektoren in den Haushalt hineinzubekommen und damit jungen Leuten auch hier eine Arbeits- und Berufsperspektive zu bieten.

Darüber haben wir uns besonders gefreut, weil es schwierig war, das in diesen Prozess noch einzubringen. In meiner Rede zum Justizhaushalt habe ich dargestellt, wie schwer es ist, genau diese Gratwanderung zu gehen.

In allen Ressorts heißt es nun vor allem: Umstrukturieren, sich auf das Wesentliche konzentrieren

und auch einmal andere machen zu lassen, was privatwirtschaftlich effektiver erledigt werden kann.

(C)

(Beifall bei der F.D.P.)

- Das haben wir ja nun auch gemacht.

(Zuruf von der F.D.P.: Weiter so! - Weitere Zurufe von der F.D.P.)

Es gibt manchmal tatsächlich Parallelen zwischen dem, was Grüne wollen, und dem, was die F.D.P. will.

(Zurufe von der F.D.P.)

Aber die große Linie ist doch eine grundsätzlich andere.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben den Bau- und Liegenschaftsbetrieb und den Landesbetrieb für Straßenbau eingerichtet. Damit haben wir diesen Weg eingeschlagen, und ich bin sicher, dass wir damit langfristig zu erheblichen Ressourcenersparnissen kommen werden.

Beim Stichwort "Ressourcen" erlauben Sie mir bitte einen Hinweis. Frau Walsken hat das auch schon angesprochen. Wirbürden uns mit der Einstellung von Beamtinnen und Beamten dauerhafte Pensionslasten auf, die eine Bürde für unsere Kinder und Enkelkinder sein werden. Auch aus diesem Grund ist die Ausgliederung von Arbeitsfeldern in privatrechtliche Gesellschaften dort, wo es vertretbar und notwendig ist, ein Beitrag für eine nachhaltige Haushaltsführung.

(D)

Darüber hinaus brauchen wir für eine effektive Aufgabenerledigung aber auch motiviertes Personal. Ein Instrument zur Leistungs- und Motivationssteigerung können Leistungsprämien sein. Wir haben aus diesem Grunde dafür gesorgt, dass wieder Leistungsprämien in den Haushalt eingestellt wurden.

Nun noch ein kurzes Wort zu den Lehrerstellen! Wir sollten uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass die von Rot-Grün postulierte Aussage für diese Legislaturperiode "Vorrang für die Bildung" wirklich ernst genommen werden muss. Alle Ressorts werden es in den nächsten Jahren schwer haben, für ihre Aufgabenstellung die notwendigen Ressourcen bereitzustellen. Aus diesem Grund sehe ich auch die Aufgabe der Personalagentur als besonders wichtig an. Die Personalagentur soll dazu beitragen, das vorhandene

(Sybille Haußmann [GRÜNE])

- (A) Personal so effektiv wie möglich einzusetzen. Es gibt in jedem Ressort immer wieder Aufgabenbereiche, die aufgrund gesetzlicher und gesellschaftlicher Veränderungen wegfallen. Aus diesem Grund haben wir z. B. die vielen kw-Vermerke.

Andererseits müssen aber auch die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter qualifiziert werden, eine Aufgabe - wie Frau Walsken schon sagte - der Personalagentur. Aber um ihre Aufgaben im Sinne der Beschäftigten und im Sinne einer effektiven Umstrukturierung in den Ressorts wahrnehmen zu können, muss die Personalagentur wirklich ernst genommen werden. Auch für meinen Geschmack haben wir zu viele Ausnahmen festgelegt, die die Gefahr in sich bergen, die Personalagentur zu einem zahnlosen Tiger zu machen. Nur die Bereitschaft der Ministerinnen und Minister, zu freiwilligen Zielvereinbarungen mit der Personalagentur zu kommen, kann dieser Tendenz etwas entgegensetzen. Ich bin gespannt, ob dieses neu eingeführte Instrument zielführend sein wird.

Meine Damen und Herren, ich habe in meinem vorherigen beruflichen Leben gelernt, dass Personal die wichtigste Ressource in einem Unternehmen ist. Sie zu pflegen und zu erhalten ist ein wesentlicher Beitrag zum Unternehmenserfolg. Im Zeichen der Diskussion um neue Steuerungsmodelle hält diese Einsicht auch in die Verwaltungen der Ministerien Einzug. Es werden Leitbilder entwickelt, Mitarbeitergespräche geführt und Personalkosten reduziert. Ich begrüße diese Entwicklung sehr. Ich hoffe, dass in den rot und grün geführten Häusern auch in Zukunft die Ressource Personal nachhaltig gepflegt und gefördert wird. Denn nur wenn das vom Land beschäftigte Personal effektiv eingesetzt und hochmotiviert ist, werden wir langfristig mit den knappen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf so hohem qualitativen Niveau halten können, wie wir uns das vorstellen. - Danke sehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Haußmann. - Das Wort hat Herr Finanzminister Steinbrück.

Peer Steinbrück, Finanzminister: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Stahl, mit mir können Sie jede Debatte über Personalausgaben, über Personalausgabenentwicklung und auch über die Stellenproblematik haben, wie ich hoffe dann auch sachlich und nicht verbiestert. Das haben Sie auch nicht gemacht; das ist kein Vorwurf. Aber dann bitte nicht nur in so kleinen Kästchen, in denen man dann stimmig und opportun argumentieren kann, sondern in Gesamtbezügen.

Man kann schlechterdings nicht wie Sie eine Absenkung der Personalausgabenquote unter die jetzigen vierzig Komma soundso Prozent fordern und gleichzeitig in einer Pressekonferenz als CDU-Fraktion 9.850 Stellen zusätzlich fordern. Das ist die erste Ungereimtheit, die ich Ihnen vorwerfe. Ich halte an dieser Zahl fest, weil sie in der gestrigen Debatte aus Ihrer Fraktion bezweifelt wurde. Sie fordern 8.600 neue Lehrerstellen, 1.000 zusätzliche Polizeibeamte und 250 zusätzliche Justizvollzugsbeamte bis 2005. Das sind 9.850 Stellen. Dann muss man wissen, welche Konsequenzen das für die Personalausgabenquote hat. Dann kann man aber der Landesregierung nicht vorwerfen: Du bist nicht in der Lage, die Personalausgabenquote zu senken.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie steigern die Personalausgabenquote damit massiv.

Die zweite Doppelbödigkeit: Man kann nicht Klage darüber führen, dass der Abbau von Stellen in der Vergangenheit nicht so funktioniert hat, wie wir beide oder wie wir das auch zusammen mit der F.D.P.-Fraktion für erforderlich halten, aber als CDU-Fraktion über all die Jahre in fast allen Haushaltsberatungen Anträge stellen, die systematisch auf eine Personalaufblähung hinausgelaufen sind oder die bestimmte Bereiche vom Personalabbau tabuisiert haben, was die Bereiche Schule, Polizei, Hochschule und Justizverwaltung und damit 70 bis 75 % der Landesbediensteten betrifft. Das funktioniert nicht.

Drittes Beispiel: Man muss nur die letzten 60 Minuten der Debatte nehmen. War ich in einer anderen Welt, als Sie, die Oppositionsfraktionen, beim Einzelplan 04 für den Justizbereich des Kollegen Dieckmann mehr Stellen gefordert haben? War

(C)

(D)

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) ich da nicht im Film oder in der Kaffeeklappe und habe mir ein Glas Weißwein gegönnt? Es ist erst 60 Minuten her, dass Sie - Herr Söffing mit an vorderster Position - für den Justizbereich nichts anderes getan haben, als mehr Personal zu fordern. Anschließend stellen Sie sich - völlig unbeleckt davon - mit einer intellektuell geradezu akrobatischen Fähigkeit hier hin und sagen, die Personalausgabenquote muss runter.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Leider sitzt hier kein Publikum mehr, aber das hätte ich dem gerne vorgeführt.

Als Volte oder Doppelbödigkeit, die Sie hier entwickeln, halte ich Ihnen weiterhin vor: Ihre 8.600 Lehrerstellen nach dem Muster von Herrn Rüttgers sind nicht solide finanziert. Sie wissen das. Sie können das nur über einen 1,5%-igen linearen Abschlag bezogen auf eine Bemessungsgrundlage der allgemeinen Verwaltung, die höchstens 25 % der Landesbediensteten umfasst, finanzieren. Auf diese Weise kommen Sie pro Jahr auf 1.350 Stellen. Dies aber in einem Bereich, der schon mit 6.400 kw-Stellen vorbelastet ist.

Das heißt, Sie müssten diese 6.400 kw-Stellen erst einmal, was Ihnen wahrscheinlich nicht gelingt, jeweils zeitgerecht bis 2005 realisieren und die 1.350 Stellen, die Sie zur Finanzierung verwenden wollen, dann zusätzlich abbauen. Sie haben unter dem Strich realiter nicht eine einzige Mark zur Finanzierung Ihrer Lehrerstellen aufgebracht.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn wir einmal kurzfristig für Sie "Alice im Wunderland" spielen, was bedeutete, Sie säßen auf diesen Bänken, und Sie kämen mit diesem Vorschlag, Herr Hardt, zu den Fachleuten meines Hauses, würden die sich vor Lachen die Wampe halten und sagen: Mann, waren das noch solide Zeiten, als die SPD regierte.

Die Fachleute, die das Personalmanagement überschauen, erklären Ihnen völlig unaufgeregt und sachlich, dass Ihr Finanzierungsvorschlag seriös nicht zu erbringen ist. Ihre Kritik umgekehrt am Personalmanagement der Landesregierung ist nicht glaubwürdig.

Ich gebe uneingeschränkt zu: Wir sind erfolgreich gewesen mit den Organisationsgutachten und den darüber nicht nur ausgewiesenen, sondern

auch erbrachten kw-Stellen. Das war nicht schlecht. Seit 1993 sind aufgrund der Organisationsgutachten und damit aufgrund der Arbeit des AStA in der Landesregierung 14.100 überzählige Stellen ermittelt und kw-gestellt worden. Davon haben wir immerhin 6.000 erbracht. Es bleiben die von mir häufig genannten 9.000 Stellen, die nach Möglichkeit noch in dieser Legislaturperiode - alle werden wir nicht schaffen - abgebaut werden müssen.

(C)

Gleichzeitig hat aber - das räume ich ein - ein Personalaufbau stattgefunden. Das ist allerdings mit Ihrer Zustimmung geschehen oder zumindest begleitet von Anträgen Ihrerseits in diesem Hohen Haus mit der Zielsetzung, im Schulbereich, im Hochschulbereich, bei der Polizei und bei der Justiz Personalaufstockungen vorzunehmen.

So verzeichnen wir - ich kann jetzt nicht den Zeitraum von 1993 bis 1999 nehmen - von 1990 bis 1999 im Schulbereich ein Plus von 3.500 Stellen, im Hochschulbereich eines von 3.600 Stellen, bei der Polizei eines von 2.300 Stellen, in der Justiz von 600 Stellen. Das sind alles zusätzliche Stellen, die das kompensiert haben, was wir an anderer Stelle eingespart haben. In der Steuerverwaltung hatten wir ein Minus von 516 Stellen.

Aber daran waren Sie ausweislich der gesamten Debatten beteiligt. Sich in einer ziemlich Doppelbödigkeit herauszustehlen oder - nicht so unhöflich formuliert, Herr Stahl - in einer gewissen Eleganz nur in den Kästchen zu bewegen, wo Sie in kleinem Maßstab einigermaßen stimmig argumentieren können, ist mit mir nicht zu vollziehen.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wissen, dass wir im Jahre 2001 3.800 Stellen abbauen wollen und auch können, auch wenn das eine sehr ehrgeizige Zahl ist. Das geschieht übrigens im Wesentlichen über die von mir apostrophierten kw-Vermerke, die in diesem Jahr realisiert werden können. Richtig ist, dass wir in dieser Entwicklung auch in den Jahren 2002, 2003, 2004 und 2005 voranschreiten müssen, weil wir sonst von den wachsenden Personalausgaben erdrückt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ebenso merkwürdig erscheint mir allerdings, dann eine Debatte anzufangen, bei der man auf die Personalsteuerquote abhebt. Wenn wir gleichzeitig, Frau Freimuth, ein Steuerreformprogramm

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) vor uns haben, bei dem die Steuereinnahmen des Landes automatisch heruntergehen und heruntergehen müssen, und zwar auch weil wir das politisch wollen, ist doch völlig klar, dass bei einer einfachen Divisionsrechnung dann die Personalsteuerquote nach oben geht. Dazu habe ich gestern schon das Stichwort der Grundrechenarten Herrn Rüttgers vorgehalten. Es ist völlig klar, dass bei dem Volumina der Mindereinnahmen aus der Steuerreform trotz unserer Anstrengungen, Personal zu reduzieren, die Personalsteuerquote in den nächsten Jahren erkennbar nach oben gehen wird.

(Dr. Ingo Wolf [F.D.P.]: Dann lassen Sie es doch einfach quietschen! Dann müssen Sie Stellen streichen!)

- Entschuldigen Sie bitte, wenn wir pro Jahr und bis 2005 steigend bei der Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 42 % in Nordrhein-Westfalen Milliardenbeträge wegzustecken haben, kann ich es quietschen lassen wie ich will: Die Personalsteuerquote wird erkennbar über 50 % hinausgehen. Dann wird man sauber argumentieren müssen.

- (B) Ich bin auch gespannt, ob wir bezüglich der Personalausgabenquote in den kommenden Debatten sauber argumentieren werden. Wenn wir mehr Lehrer einstellen wollen, wird das natürlich Auswirkungen auf die Personalausgabenquote haben. Es wird nicht nur Auswirkungen auf die Personalsteuerquote haben.

Ich will zum Abschluss kommen: Im Jahre 2001 werden wir diese 3.800 Stellen erbringen. Ich gehöre zu denjenigen, die das für zwingend erforderlich halten. Ich halte dies nicht nur für dieses Jahr, sondern auch für die nächsten Jahre für erforderlich.

Mit Blick auf die Ausführungen von Frau Haußmann möchte ich zum Schluss ganz deutlich eine Grundsatzposition markieren. Ich gehöre zu denjenigen, Frau Haußmann, die nicht zu dem Ergebnis kommen, dass auf jede Aufgabe, die sich öffentlich stellt, automatisch ein estatistischer Reflex einsetzen muss, der lautet: Wir wollen neue Behörden, wir wollen neue Stellen, die Politik muss die Verantwortung übernehmen, wir brauchen Gesetze und Verordnungen dafür. Das ist nicht meine Auffassung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das ist ein Ansatz, den ich bei Ihnen und Ihrer Fraktion etwas zu häufig heraushöre. (C)

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

- Das müssen Sie aushalten. Das tut mir Leid. Dieser estatistische Reflex ist bei Ihnen so ausgeprägt, wie er in meiner Partei in den 70er Jahren ausgeprägt war. Ich weiß, wovon ich rede.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir haben 20 Jahre gebraucht, um da herauszukommen. Wenn Sie auch 20 Jahre dafür brauchen, dann fressen uns darüber die Personalausgaben auf.

Ich will das auch dingfest machen mit dem Ungeheuer von Loch Ness, das noch aus dem See in Schottland springen wird. Das sind nämlich die entsprechenden Pensionsaufwendungen. Sie entwickeln sich zu einem Problem, zu dem ich nur sagen kann, dass damit die nach uns folgenden Abgeordneten in diesem Haus ab dem Jahr 2010 Probleme an der Backe haben werden, wogegen das, was wir hier im Augenblick diskutieren, verhältnismäßig lösbar erscheint.

Das heißt, mindestens in der nächsten Legislaturperiode des Bundes wird nach einer Rentenreform klipp und klar eine Reform auf uns zukommen, wie wir mit den Pensionsverpflichtungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes umgehen. Dass auf BSE oder auf andere Fragestellungen automatisch neue Behörden mit neuen Stellen und damit auch entsprechenden Pensionsanforderungen gebildet werden müssen, ist nicht die Auffassung des Finanzministers dieses Landes. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, alle diejenigen, die jetzt in Erwartung einer Abstimmung ins Plenum geeilt sind, muss ich enttäuschen. Eine Abstimmung über die Stellenpläne erfolgt jetzt nicht, da sie eingebunden ist in die Abstimmung über die Einzelpläne und das Haushaltsgesetz 2001.

Deswegen rufe ich jetzt **Nummer 7** auf: (D)